

Otto von Bismarcks Presse- und Öffentlichkeitspolitik

Teil I von Bismarcks Pressepolitik und -arbeit

Zusammenstellung der Texte

Ana-Marija Grebenar; Tobias Liebert

Inhalt:

1	Einleitung: Bismarck als Politiker und Staatsmann (A.-M.G., T.L.)	1
1.1	Vorbemerkung	1
1.2	Biografische Grunddaten über Bismarck	1
2	Einleitung: Presse-Politik und Presse-Arbeit (A.-M.G., T.L.)	2
2.1	Bismarck bislang vorwiegend als Pressepolitiker betrachtet	2
2.2	Bismarcks spezifische Strategie staatlicher Pressearbeit	2
3	Bismarcks Grundauffassungen (A.-M.G., T.L.)	3
3.1	Verhältnis zu Presse und öffentlicher Meinung	3
3.2	Instrumentalisierung der Presse für die Politik: von der kurzen zur langen Leine	3
3.3	Indienstnahme der Presse für die Außenpolitik	4
4	Bismarck an der Macht: 1862-1890 – wichtige Entwicklungen (A.-M.G., T.L.)	5
4.1	Von Preußen zum Norddeutschen Bund	5
4.2	Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Kaiserreich	5
4.3	Wirtschafts- und sozialpolitische Wende von 1879	6
5	Bismarck an der Macht: 1862-1867 – finanzielle und juristische Formen seiner Pressepolitik (A.-M.G.)	6
5.1	Juristische Restriktionen und finanzielle Belastungen gegenüber der Presse (A.-M.G.)	6
5.2	Presseordonnanz von 1863 (A.-M.G.)	7
5.3	Nach Abschaffung der Presseordonnanz: persönliche und gerichtliche Zermürbung (A.-M.G.)	7
6	Bismarck an der Macht: 1868-1890 – finanzielle und juristische Formen seiner Pressepolitik (A.-M.G., T.L.)	7
6.1	Bismarcks Geldquellen (A.-M.G., T.L.)	7
6.2	Reichspressegesetz von 1874 (A.-M.G.)	8
6.3	Trotz formaler Pressefreiheit: administrative Eingriffe und Sondergesetze (A.-M.G., T.L.)	8
7	Anhang	9
7.1	Die Autoren der Texte über Bismarck und seine Pressepolitik sowie -arbeit	9
7.2	Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von A.-M.G.)	9

1 Einleitung: Bismarck als Politiker und Staatsmann (A.-M.G., T.L.)

1.1 Vorbemerkung

Otto von Bismarcks Pressepolitik und -arbeit war so vielgestaltig, dass die Abhandlung darüber der Übersichtlichkeit halber in zwei formal eigenständige Beiträge geteilt wurde. Der vorliegende Beitrag trägt historisch einführenden Charakter und behandelt außerdem die Kommunikations- und Medienpolitik Bismarcks, also eher Rahmen setzende und strategische Aspekte staatlicher Einflussnahme.

Ein *weiterer Beitrag* beschäftigt sich mit der unmittelbaren, konkreten publizistischen und Pressearbeit Bismarcks bzw. in seinem Auftrag.

1.2 Biografische Grunddaten über Bismarck

Bismarck ist zu einer nationalen Kultfigur geworden. Über 360 Denkmäler erinnern deutschlandweit an die Verdienste des großen Staatsmannes – mehr als an jeden anderen deutschen Politiker, Kaiser oder König.¹

Otto von Bismarck (1815-1898) führte ab dem 23. September 1862 das Amt des *preußischen Ministerpräsidenten* aus, ernannt von König Wilhelm I.² Zur *staatlichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen* hält das PR-Museum eine Reihe von Beiträgen vor, u. a. über die Zeitabschnitte 1848-1857 und 1858-1871.

1871 wurde Bismarck *Kanzler* des Deutschen *Reiches* unter Kaiser Wilhelm I. Dieses auf seine Person zugeschnittene Amt hatte er bis zum 20. März 1890 inne, als er „wegen persönl(icher) und sachl(icher) Gegensätze von Kaiser Wilhelm II. entlassen“ wurde (Brockhaus 1987, S. 370).

„Der auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Bund zwischen Wilhelm I. und Bismarck zum Wohle Deutschlands bewährte sich bis zum Tode des Königs (1888). Auf der Grundlage dieses Vertrauensverhältnisses übernahm der geistig überlegene Bismarck von Anfang an die Führung und konnte seinen König immer wieder davon überzeugen, dass sein Weg der Richtige war.“ (Naumann 2008, S. 44)

Bismarck war damit von 1862 bzw. 1871 bis 1888/1890 einer der mächtigsten Politiker und Staatsmänner, die es in Deutschland je gegeben hat. Vor diesen Top-Funktionen lernte er das politische Geschäft als Abgeordneter, Diplomat und Publizist kennen.

Nach einem rechtswissenschaftlichen Studium (1832-35) und der Referendarzeit in Aachen (1836-1839) kümmerte er sich zunächst um seine Güter in Pommern. Von 1843 an betätigte er sich auch publizistisch. Ab 1847 wirkte er als Abgeordneter auf Seiten der Konservativen. 1851 begann er als preußischer Gesandter zu arbeiten, zunächst beim Bundestag in Frankfurt, dann 1859-62 in Sankt Petersburg und schließlich kurz in Paris.³

¹ Vgl. Seele 2005.

² Vgl. Kunczik 1997, S. 90.

³ Vgl. Brockhaus 1987, S. 370.

2 Einleitung: Presse-Politik und Presse-Arbeit (A.-M.G., T.L.)

2.1 Bismarck bislang vorwiegend als Pressepolitiker betrachtet

Die relevanten Aktenbestände der Reichsministerien waren bis in die 1930er-Jahre hinein bzw. vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kaum zugänglich. Seinerzeitige Projekte einer Aufarbeitung von Bismarcks Verhältnis zu Presse und öffentlicher Meinung konnten deshalb meist nicht verwirklicht werden.⁴ Wappler (1935) endet mit 1862. Loeber (1935) behandelt die Zeit 1862-1866. Wichtige Arbeiten nach 1945 sind: Morsey (1956), Fischer-Fraundienst (1963), Naujoks (1968 und 1979), Overesch (1974), Grube (1975), Wetzel (1975), Hink (1977), Pohl (1984), Sösemann (1992 und 2003), Stöber (1996).

Bismarcks Verhältnis zur Presse wurde bislang vornehmlich aus historisch-publizistischer Perspektive betrachtet und auf das *kommunikationspolitische Regulationsinstrumentarium* reduziert, das er einsetzte, um Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben. *Presse-Politik* wurde also vielseitig behandelt, *Presse-Arbeit* als Teilbereich von Öffentlichkeitsarbeit allerdings kaum. Dennoch lassen sich dazu einige Aussagen treffen.⁵

2.2 Bismarcks spezifische Strategie staatlicher Pressearbeit

Spätestens seit den Revolutionen von 1848/49 hatte sich bei den in den deutschen Staaten Herrschenden die Erkenntnis durchgesetzt, „dass wegen der enorm gestiegenen Anforderungen die Pressepolitik (und Pressearbeit – T.L.) innerhalb des Regierungsapparates besser organisiert werden müsse“ (Piereth 1994, S. 33). Auch in Preußen setzte man auf die Installation und Vervollkommnung eines *Pressebüros* mit durchaus wechselnden Bezeichnungen (*Literarisches Kabinett*, *Zentralstelle für Presseangelegenheiten*, *Literarisches Büro*). Zu diesen Büros gibt es im PR-Museum einen eigenen Beitrag.

Auch unter Bismarck existierte ein solcher organisatorischer Apparat. Als Hauptstrategie wählte er aber gerade nicht „eine institutionelle Verankerung der Pressepolitik“, weil er die Schlagkraft solcher Büros für zu gering hielt und diese auch „nicht selten die Regierung bloßstellte(n)“ (Piereth 1994, S. 41).

Bismarck hatte mit seiner Strategie, „weitaus mehr auf persönliche, nicht institutionalisierte Beziehungen zu einzelnen Journalisten und deren Blättern“ zu setzen, Erfolg. Ihm spielte dabei in die Hände, dass das „Gros des liberalen Bürgertums 1866 Bismarcks Deutschlandpolitik vehement zu unterstützen begann“.

„Nicht ausgefeilte Propagandatechniken, sondern vor allem diese partielle, aber für einige Jahre dominierende Interessenidentität garantierte den Erfolg der Bismarckschen Pressearbeit.“ (Piereth 1994, S. 41)

Als diese Interessenidentität nachließ und sich mit dem Deutschen Reich 1871 Bismarcks Wirkungs- und Verantwortungsraum vergrößerte, mussten freilich auch institutionalisierte Formen an Bedeutung gewinnen. Dennoch bescherte die Historie auch neue Chancen, seine personalisierten Einflussmechanismen durch die Verlockung und Macht des Geldes zu perfektionieren und auszuweiten, indem sie ihm ab 1868 den unkontrollierten Zugang zu Geheimfonds ermöglichte. Als in den 1870ern und 1880ern seine offiziösen Presseverbindungen

⁴ Vgl. Morsey 1956, S. 177.

⁵ Vgl. auch Kunczik 1997, S. 89ff.

stärker ruckbar wurden, reagierte Bismarck darauf zwar durchaus auch mit veränderten Methoden. Er schaffte seine „alten Methoden“ allerdings nicht grundsätzlich ab, sondern versuchte, sie stärker zu konzentrieren, zu kontrollieren und zu tarnen (vgl. zum Beispiel weiter hinten zur *Pressearbeit im Auswärtigen Amt* oder bei *Korrespondenzen*).

3 Bismarcks Grundauffassungen (A.-M.G., T.L.)

3.1 Verhältnis zu Presse und öffentlicher Meinung

Bismarck war in erster Linie *Machtpolitiker*, der Debatte, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit dieser Eigenschaft unterordnete. „Bismarck führte mit rücksichtsloser Energie den Kampf gegen das Parlament. In einer der 1863 geführten Budget-Debatten äußerte Bismarck: ‚Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden (...), sondern durch Blut und Eisen.‘ (...). Außenpolitisch war Bismarck der kalt kalkulierende Staatsmann.“ (Naumann 2008, S. 43)

Er verglich 1846 „sein Verhältnis zur öffentlichen Meinung mit der Beziehung von Seeleuten zur Macht der Elemente, ‚indem es sich nicht den Winden und Strömungen hingibt und auf diese Weise herrenlos auf der See treibt – denn auf diese Weise wird das Schiff nie den rettenden Port erreichen‘“ (Kunczik 1997, S. 89, unter Berufung auf Bauer 1930, S. 331).

Bismarck verstand die Presse als Mittel, als Instrument seiner Politik und vermochte dieses „nach dem Urteil vieler, meisterhaft (...) zu benutzen“. Dies schloss Erkaufen oder Belohnen von Diensten bzw. Gefolgschaft ein, „selbstständige Mitarbeit an der Politik des Reiches“ gestand er den Medien nicht zu (Sänger 1966, S. 15). Auch war es nicht seine Absicht, „das Volk mit Hilfe der Informationen politisch verständig und kritisch zu machen“.

3.2 Instrumentalisierung der Presse für die Politik: von der kurzen zur langen Leine

Wenn es für seine Politik als Kanzler gegenüber dem Monarchen oder Widersachern zweckmäßig war, setzte Bismarck durchaus auch auf das Mittel öffentlich gemachter bzw. inszenierter Kritik. Allerdings schien ihm das nicht ohne die *Kontrolle und Lenkung* der Presse denkbar:

„Die Kritik kann nur geübt werden durch eine freie Presse und durch Parlamente im modernen Sinne. Beide Corrective können ihre Wirkung durch Missbrauch abstumpfen und schließlich verlieren. Dies zu verhüten, ist eine der Aufgaben erhaltener Politik, die sich ohne Bekämpfung von Parlament und Presse nicht lösen lässt.“ (Zit. nach: Sänger 1966, S. 16)

Unabhängig von situationsbedingten Nützlichkeitsabwägungen ist bei Bismarck auch historisch-zeitlich ein *Methodenwandel* im Verhältnis zur Presse zu erkennen. Tendenziell ist wohl folgender pressehistorischer DDR-Darstellung zuzustimmen: „Bismarck war in seiner Pressepolitik in den ersten Jahren nach der Reichsgründung zunächst bestrebt, jene administrative Beeinflussung der Presse durch die junkerliche Staatsspitze, die er bislang in Preußen praktiziert hatte, nun auf ganz Deutschland auszudehnen. In größerem Rahmen als zuvor baute Bismarck *staatliche Pressestellen* aus, und die *Korruption der Presse* erreichte nie gekannte Ausmaße.“

In den 1880er-Jahren hingegen *lockerte* Bismarck „die unmittelbare Beeinflussung der bürgerlichen Presse wesentlich“, was die zunehmende Unabhängigkeit der „kapitalistischen Presse“ von der Regierung in den 1890er-Jahren vorbereitete. (o. V. 1980, S. 7 und 89f.)

Unter dem zunehmenden Eindruck der Rolle öffentlicher Meinung, gerade auch innenpolitisch, so beim schließlichen Scheitern des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie 1890, sowie nach seiner Entlassung als Reichskanzler fand Bismarck auch zu verständigen, versöhnlichen Worten:

„Wir halten es für durchaus notwendig, dass, wenn die wirtschaftliche Lage durch einschneidende Maßnahmen modifiziert werden soll, die Intentionen der Regierung vorher in der weitesten Öffentlichkeit besprochen werden, sowohl durch die Presse, wie durch die beteiligten Korporationen und den Staatsrat, bevor die Regierung definitive Stellung nimmt.“ (Bismarck am 26. Mai 1891 in den „Hamburger Nachrichten“. Zit. nach: Sänger 1966, S. 16)

3.3 Indienstnahme der Presse für die Außenpolitik

1854 schrieb Bismarck über die *außenpolitische* Instrumentalisierung der preußischen Presse:

„(...) ich würde mit unnachsichtiger Strenge darauf halten, dass die auswärtige Politik der Regierung von jedem preußischen Blatte nicht nur nicht angegriffen, sondern lebhaft unterstützt werden muss, und jede Zeitung, die mit einem Komma dawiderhandelt, ohne Federlesen unterdrücken (...)“. (Zit. nach: Sänger 1966, S. 16)

Jede außenpolitische Aktion wurde durch publizistische Maßnahmen begleitet, häufig aber getarnt. Dabei rückten (Geheim-) „Diplomatie und Presse“ so dicht beieinander, dass sie „als zwei Gleise betrachtet wurden, die zum selben Ziel führten“, zitiert Kunczik (1997, S. 94) Schöneberger (1981, S. 21).

„(...) im Bereich der außenpolitischen Propaganda agierte Bismarck sehr zurückhaltend, um eine Bloßstellung der preußischen Regierung zu vermeiden.“ (Piereth 1994, S. 41)

Dies galt allerdings nicht zu jeder Zeit und unter allen Umständen. Zu Bismarcks Raffinesse gehörte es u. a., einen „Pressesturm“ mit außenpolitischer Thematik zu entfachen, um seinen eigenen Vorgesetzten, den deutschen Kaiser, in eine bestimmte Richtung zu drängen. Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929), Pressearbeiter im Auswärtigen Amt, plauderte über eine Kampagne von 1879:

„Der Zweck des ganzen Presselärms war nicht, die Russen einzuschüchtern oder die Österreicher zu erfreuen. Der alte Kaiser sollte den Eindruck gewinnen, dass das ganze Land, von der Maas bis an die Memel, das Bündnis mit Österreich gutheiße und wünsche. (...) Bei großer Weisheit, bei gesundem Menschenverstand, bei Klugheit und Scharfsinn in vielen Fragen stand Wilhelm I. dem modernen Pressetreiben und publizistischen Unfug beinahe naiv gegenüber. Er glaubte wirklich, die Stimme des Landes zu hören, wenn die von uns fabrizierten Korrespondenzen ihm vorgelegt wurden.“ (Zit. nach Kunczik 1997, S. 94)

4 Bismarck an der Macht: 1862-1890 – wichtige Entwicklungen (A.-M.G., T.L.)

4.1 Von Preußen zum Norddeutschen Bund

Vor 1871 nutzte Bismarck den Krieg durchaus als Mittel der Politik. 1864 führte Preußen gemeinsam mit Österreich wegen Schleswig-Holstein Krieg gegen Dänemark. 1866 war Österreich Gegner Preußens im Kampf um die deutsche Vorherrschaft und wurde niedergedrückt.⁶

Am 16. April 1867 wurde der *Norddeutsche Bund* gegründet, in dem Preußen eine Hegemonialstellung besaß.⁷

Mit der Übertragung preußischer Kompetenzen und Ambitionen auf den Norddeutschen Bund, „den der Kanzler zum Deutschen Reich weiter zu entwickeln trachtete, erwies sich für Bismarck eine nachhaltigere Unterstützung im öffentlichen Meinen als unumgänglich notwendig. Nicht zuletzt bedurfte er im süddeutschen Raum sowie in der ausländischen Presse stärker als bisher des Verständnisses und der Unterstützung für seine deutsche Politik; die 1866/67 vorhandene Begeisterung über den Zusammenschluss eines Teiles Deutschlands befand sich in weiten Volksschichten im Abklingen.“ (Morsey 1956, S. 177f.)

4.2 Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Kaiserreich

1871, am 18. Januar und im kurz zuvor besiegten Frankreich, wurde Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert. Damit trat das (zweite) Deutsche Reich ins Leben, ein nationalmonarchistischer Obrigkeits- und Bundesstaat. Der gewählte Reichstag hatte nur eingeschränkte Kompetenzen, der Reichskanzler – Bismarck – war einzig dem Kaiser verpflichtet.⁸

Presse- und Zeitungswesen boomten nach der Reichsgründung.⁹ Das Reichspressegesetz von 1874 sicherte formal die Pressefreiheit, hatte liberale Züge, war aber nicht frei von behördlichen Zwangsmaßnahmen. Die zwei Jahrzehnte zwischen 1871 und 1891 können als „Bindeglied zwischen den Epochen der Pressezensur und der Pressefreiheit“ bezeichnet werden (Goros 1998, S. 63).

Bismarcks Außenpolitik ab 1871 war „defensiv und friedliebend“. „Ausdruck dafür war ein immer kunstvoller gewobenes Bündnissystem, das ausging von dem nach dem Berliner Kongress geschlossenen Zweibund mit Österreich-Ungarn von 1879 und über die Hauptstationen des Dreibundes von 1882 und des Mittelmeerabkommens von 1887 zum Rückversicherungsvertrag von 1887 mit Russland führte.“ (Brockhaus 1987, S. 370)

⁷ Vgl. Goros 1998, S. 62.

⁸ Vgl. Goros 1998, S. 62.

⁹ Vgl. Goros 1998, S. 69.

4.3 Wirtschafts- und sozialpolitische Wende von 1879

Bismarcks Reichsgründung von 1871 war eine Nationenbildung „von oben“ und geschah mit „Blut und Eisen“, wie häufig unter Bezug auf den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und vorhergegangene Feldzüge gesagt wird. Zur „Revolution von oben“ – in Anspielung an die stecken gebliebenen Revolution „von unten“ 1848/49 – gehörten auch der „Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll zugunsten der heim(ischen) Schwerindustrie und der Großagrari-er“ 1879 und das „sozialpolit(ische) Reformwerk von 1881-89, das die Arbeiterschaft in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung integrieren sollte“ (Brockhaus 1987, S. 370).

Letzteres wurde aber konterkariert durch die Bismarcksche Unterdrückungspolitik nach innen. Oppositionelle Parteien wurden bekämpft, dies galt in mehrfacher Hinsicht: Mit dem „Kulturkampf“ gegen das katholische Zentrum (bis etwa 1880/85) und dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie (1878-1890) wurden wichtige politisch-weltanschauliche Strömungen bzw. soziale Milieus von gesellschaftlicher Diskussion und Mitbestimmung ausgeschlossen.¹⁰ In diesen Lagern kam es zur Herausbildung von teilweise in der Illegalität wirkenden Parallel- bzw. Gegenöffentlichkeiten.

5 Bismarck an der Macht: 1862-1867 – finanzielle und juristische Formen seiner Pressepolitik (A.-M.G.)

5.1 Juristische Restriktionen und finanzielle Belastungen gegenüber der Presse (A.-M.G.)

Das desaströse Medienecho, mit dem gerade liberale Blätter die Person und Politik des neuen preußischen Ministerpräsidenten kurz nach dessen Amtsantritt quittierten, provozierte Bismarck nicht zuletzt dadurch, dass er nach der Schließung des preußischen Landtags am 13. Oktober 1862 „die Regierung gegen die parlamentarische Mehrheit und ohne ein bewilligtes Budget führte“ (Wilke 2000, S. 221). Gleichzeitig machte es ihm diese spezifische politische Situation aber auch möglich, gezielte, (im eigentlichen Sinne) pressepolitische Maßnahmen zu verabschieden, die es erlaubten, „Zeitungen, die nicht pantierten, rigoros verbieten oder gerichtlich verfolgen“ (Koszyk 1966, S. 231) zu lassen.

Zu den ersten pressepolitischen Maßnahmen gehörte die Implementierung eines *ministeriellen Berichtigungssystems*, das oppositionelle Blätter mit Gegenanzeigen zu diskreditieren versuchte.¹¹ Während diese Maßnahme dazu diente, die Glaubwürdigkeit kritischer Zeitungen zu erschüttern, zielte ein Großteil des pressepolitischen Instrumentariums Bismarcks in dieser Phase vor allem auf eine *wirtschaftliche Schwächung* vermeintlich staatsfeindlicher Publikationen ab.

Zusätzlich zu dem seit 1852 wieder gültigen *Zeitungsstempel* wurde deshalb ein umfassender *Steuerkatalog* eingeführt, der gestufte Abgaben für verschiedene Blätter vorsah.¹² Des Weiteren verlegte Bismarck die Regelung des Postvertriebs in den Aufgabenbereich des Staates. Ihm war es im Folgenden möglich, oppositionellen Blättern den *Postdebit* zu entziehen, d. h. der Post zu verbieten, indizierte Zeitungen zuzustellen. Mit den zusätzlichen steuerlichen Be-

¹⁰ Vgl. Goros 1998, S. 65f. Naumann 2008, S. 58ff.

¹¹ Vgl. Koszyk 1966, S. 231, und Sösemann 1992, S. 290.

¹² Vgl. Sösemann 1992, S. 289.

lastungen und dem Wegfall der Abonnement-Einnahmen wurden allein im Jahr 1866 um die 80 Zeitungen in den Ruin getrieben.¹³

5.2 Presseordonnanz von 1863 (A.-M.G.)

Die Presseordonnanz vom 1. Juni 1863 ließ Bismarck „ohne Beschlussfassung oder Zustimmung des Landtags“ (Wilke 2000, S. 221) im Namen des Königs publizieren. Diese königliche Verordnung gestattete es staatlichen Behörden, Publikationen zu verbieten, die den Unmut des Königs oder der Regierung auf sich gezogen hatten. Für die Aussprache dieses juristisch nicht näher überprüfbareren Verbots, das für die betreffende Zeitung den Entzug ihrer Konzession bedeutete, reichte die bloße Verwarnung eines einzelnen Mitarbeiters, Redakteurs oder Verlegers aus.¹⁴

Weil die wenigsten Verleger es riskierten, ihre Existenzgrundlage zu verlieren und deshalb im Sinne der Staatsmacht parierten, „kehrte die preußische Presse zu vormärzlicher Farblosigkeit zurück“ (Koszyk 1966, S. 234). Zeitungen, die nicht verboten wurden, entwickelten sich zu bloßen Verlautbarungsorganen der Regierung, der man „bisweilen sogar zugestehen musste, die Redakteure zu bestimmen“ (Koszyk 1966, S. 231).

5.3 Nach Abschaffung der Presseordonnanz: persönliche und gerichtliche Zermürbung (A.-M.G.)

In der Öffentlichkeit sorgte insbesondere diese königliche Ordre für einen Sturm der Entrüstung; erstmals äußerte sich daraufhin sogar der Kronprinz öffentlich gegen die Politik seines Vaters.¹⁵ Angesichts dieser öffentlichen Empörung überraschte es wenig, als diese Gesetzesvorlage Bismarcks noch im selben Jahr durch das neugewählte Parlament für verfassungswidrig erklärt und schließlich abgeschafft wurde.

Ohne parlamentarische Rückendeckung ging Bismarck ab sofort vermehrt persönlich und hauptsächlich gerichtlich gegen widerspenstige Blätter vor. So kam es allein 1864 zu 175 gerichtlichen Presseprozessen, die hauptsächlich auf dem Tatbestand der Beleidigung fußten.¹⁶

6 Bismarck an der Macht: 1868-1890 – finanzielle und juristische Formen seiner Pressepolitik (A.-M.G., T.L.)

6.1 Bismarcks Geldquellen (A.-M.G., T.L.)

Ab 1868 konnte Bismarck „zur verdeckten Förderung der Regierungspresse (...) Zinserträge aus dem so genannten Welfenfonds, dem beschlagnahmten Privatvermögen der 1866 abgesetzten Herrscher von Hannover und Hessen“ nutzen (Piereth 1994, S. 35f.). Zur Höhe des Fonds finden sich unterschiedliche Zahlen.¹⁷

¹³ Vgl. Koszyk 1966, S. 231.

¹⁴ Vgl. Koszyk 1966, S. 234.

¹⁵ Vgl. Wilke 1966, S. 221.

¹⁶ Vgl. Koszyk 1966, S. 231.

¹⁷ Vgl. zum Beispiel Bialowons/Raue 1979, S. 96, und Kunczik 1997, S. 91.

Die verbreitete Bezeichnung „Reptilienfonds“ geht auf Bismarcks Äußerung von 1869 zurück, die welfischen Umtriebe bzw. geheimen Staatsfeinde seien „böartige Reptilien“ (Kunczik 1997, S. 91f.). Bismarck hatte am 23. Januar 1869 im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt: „Ich glaube, ich verdiene Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, böartige Reptilien zu verfolgen, bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben.“ (Zit. nach Bialowons/Raue 1979, S. 96; vgl. auch Bismarck 1876)

Dieser Begriff wurde später auf die Journalisten und Zeitungen übertragen, die aus diesem Fonds Geld erhielten. „Bismarck selbst behauptete später zwar, er habe an die deutschen Zeitungen aus diesem Korruptionsfonds nur bescheidene Summen gezahlt, da die einheimische Presse billig zu ködern war, während zur Bestechung ausländischer Zeitungen durch die deutschen Gesandtschaften Riesensummen aufgewendet werden mussten. Spätere Nachforschungen haben jedoch ergeben, dass es sogar mehrere Geheimfonds gegeben hat, aus denen nicht nur zahlreiche deutsche Zeitungen, sondern auch einzelne Journalisten gespeist wurden, die Bismarck selber ironisch seine ‚Preß-Bengel‘ nannte.“ (o. V. 1980, S. 8)

Bis heute sind die genauen Summen, die „insgesamt an Zeitungen und Journalisten flossen, die bereit waren, sich gouvernemental ‚inspirieren‘ zu lassen“, nicht bekannt. Der uneingeschränkte Zugang Bismarcks zum Welfenfonds ließ diesen zu einer „unkontrollierbare(n) ‚Machtquelle‘“ werden, mit dem der Kanzler „nach Gutdünken Menschen und Zeitungen von sich abhängig machte“ (Koszyk 1966, S. 239).

6.2 Reichspressegesetz von 1874 (A.-M.G.)

Im „Hinblick auf die nationalpolitischen Ziele Bismarcks (war) ein Abgehen von der harten Reglementierung der öffentlichen Meinung dringend geboten.“ (Naujoks 1975, S. 39) Mit dem Reichspressegesetz vom 1. Juli 1874 wurden alle nach bisherigem Landesrecht bestehenden Beschränkungen der Pressefreiheit aufgehoben, stattdessen wurde die Pressefreiheit im gesamtdeutschen Raum verankert. Denn das neue Gesetz mit seinen 31 Paragraphen ersetzte die bis dahin gültigen 27 Landespressegesetze.¹⁸

Zum Schutz der Presse beseitigte das Gesetz den Kautions- und Konzessionszwang, schaffte den Zeitungsstempel sowie die außerordentliche Besteuerung des Pressewesens ab und verbot den Entzug des Postdebits für jede im Deutschen Reich erscheinende politische Zeitung.¹⁹

Damit wurde die endgültige Abkehr von der präventiven und willkürlichen hin zur nachgelagerten und strafrechtlich legitimierten Intervention des Staates in Presseangelegenheiten vollzogen. Künftig durfte die Regierung also nicht mehr bei nur möglichen Straftaten der Presse einschreiten, sondern einzig und allein bereits verübte Pressevergehen ahnden – und das auch nur auf Grundlage der geltenden Strafgesetze.²⁰

6.3 Trotz formaler Pressefreiheit: administrative Eingriffe und Sondergesetze (A.-M.G., T.L.)

Administrative Eingriffe in das Pressewesen gehörten damit aber nicht der Vergangenheit an. Handhabe dazu boten §§ 25ff. des Reichspressegesetzes, die der Pressefreiheit Grenzen setz-

¹⁸ Vgl. Wilke 2000, S. 254. Sösemann 1992, S. 295. Koszyk 1966, S. 295.

¹⁹ Vgl. Koszyk 1966, S. 244.

²⁰ Vgl. Koszyk 1966, S. 243f.

ten, insofern sie mit den §§ 85, 95, 111, 130 und 184 des Strafgesetzbuches in Konflikt geriet. Wenn also bestimmte strafrechtliche Tatbestände vorlagen, eine Zeitung beispielsweise zum Hochverrat aufrief, sich der Majestätsbeleidigung schuldig machte, den öffentlichen Frieden gefährdete oder unzüchtige Schriften verbreitete, sah das Reichspressegesetz eine Beschlagnahme redaktioneller Druckschriften ohne richterliche Anordnung vor.²¹

Vor allem in den 1870er-Jahren in der Zeit des Kulturkampfes zwischen Bismarck und der katholischen Kirche, aber auch später im Kampf gegen die Sozialdemokratie wurde von der Möglichkeit der Beschlagnahme Gebrauch gemacht. Unter dem Vorwand eines Anschlages auf Kaiser Wilhelm I. wurde der wichtigste innenpolitische Gegner, die Sozialdemokratie – und damit deren Presse –, mit einem Sondergesetz 1878 gleich ganz verboten. Nach anfänglicher Verwirrung nutzte die Arbeiterbewegung allerdings geschickt die Möglichkeiten sowohl einer nicht offen parteilichen Presse im Inland als auch einer Klartext redenden Presse aus dem Ausland, die nach Deutschland illegal eingeschmuggelt wurde.²²

Die lange Aufrechterhaltung dieses auch von Nicht-Sozialdemokraten als zunehmend ungerecht empfundenen Ausnahmegesetzes, des so genannten Sozialistengesetzes, zeigte allerdings auch, dass Bismarck das Gespür für öffentliche Meinungs- und Reputationsbildungsprozesse verloren hatte. Es war kein Zufall, dass Bismarck im selben Jahr (1890) als Reichskanzler entlassen wurde, als das Sozialistengesetz fallen gelassen werden musste. Die Sozialdemokratie und ihre Presse kehrte 1890 auf die offizielle Bühne zurück, stärker als je zuvor.

Ein zweiter, logisch anschließender Beitrag beschäftigt sich mit der *unmittelbaren, konkreten publizistischen und Pressearbeit* Bismarcks bzw. in seinem Auftrag.

7 Anhang

7.1 Die Autoren der Texte über Bismarck und seine Pressepolitik sowie -arbeit

A.-M.G. = Ana-Marija Grebenar

T.L. = Tobias Liebert

Die Ursprungstexte wurden von A.-M.G. im Rahmen des Seminars „Geschichte des Kommunikationsmanagements“ unter Leitung von Günter Bentele verfasst. A.-M.G. legte im September 2013 eine entsprechende Hausarbeit vor. Für einen zwischenzeitlichen formalen Korrekturgang gilt Günter Bentele Dank. Die Texte wurden später von T.L. bearbeitet und ergänzt.

7.2 Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von A.-M.G.)

Bentele, Günter; Liebert, Tobias (2005): PR-Geschichte in Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus. In: Arnold,

²¹ Vgl. Wilke 2000, S. 254.

²² Vgl. Liebert 2003, S. 30ff.

Klaus; Neuberger, Christoph (Hrsg.) (2005): Alte Medien – neue Medien. Festschrift für Jan Tonnenmacher. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 221-241.

Bialowons, Günter (1979): Die deutsche Presse in der bürgerlich-demokratischen Revolution (1848-1849). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 5) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Bialowons, Günter; Raue, Günter (1979): Die deutsche Presse vom Ausgang der Revolution bis zur Reichsgründung (1849-1871). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 6) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Bismarck, Otto von (1862): „Blut und Eisen“-Rede vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses am 30. September 1862. Im Internet unter: <http://germanhistorvdocs.ghidc.org/subdocument.cfm?documentid=250&language=german> (Abruf am 15.09.2013).

Bismarck, Otto von (1876): Reichstagsrede über die offiziöse Presse vom 09.02.1876. In: Reichstagsprotokolle 1875/1876, 2. S. 1327-1334. Im Internet unter: <http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3k2bsb0001838100543.html> (Abruf am 11.09.2013).

Born, Karl-Erich (Hg.) (1966): Bismarck-Bibliographie. Quellen und Literatur zur Geschichte Bismarcks und seiner Zeit. Köln; Berlin: Grate.

Brockhaus (1987) Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearb. Aufl. 3. Bd. BED-BRN. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Busch, Moritz (1899): Tagebuchblätter. 3 Bd. Leipzig: Grunow.

Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (1981): Regierungssprecher – Zwischen Information und Geheimhaltung. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Fischer-Frauendienst, Irene (1963): Bismarcks Pressepolitik. (= Studien zur Publizistik, Bremer Reihe, Bd. 4). Münster: Fahle.

Gall, Lothar (1989): Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main: Propyläen.

Goros, Antonios (1998): Entwicklungen von Public Relations in Deutschland während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik (1871-1933). Münster.

Groth, Otto (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. 2. Mannheim; Berlin; Leipzig.

Grube, Jochen (1975): Bismarcks Politik in Europa und Übersee: seine Annäherung an Frankreich im Urteil der Pariser Presse (1883-1885). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 53). Frankfurt am Main: Lang.

Hink, Helma (1977): Bismarcks Pressepolitik in der bulgarischen Krise und der Zusammenbruch seiner Regierungspresse (1885-1890). (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 70). Frankfurt am Main: Lang.

Koszyk, Kurt (1966): Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. (= Geschichte der Deutschen Presse, Bd. 2). Berlin: Colloquium.

Kunczik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Liebert, Tobias (2003): Der Take-off von Öffentlichkeitsarbeit. Beiträge zur theoriegestützten Real- und Reflexions-Geschichte öffentlicher Kommunikation und ihrer Differenzierung. Leipzig: Univ., Inst. f. KMW.

Loeber, Irmgard (1935): Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonfliktes (1862-1866). München: Zeitungswissenschaftliche Vereinigung. (= Zeitung und Leben, Bd. 24).

Morsey, Rudolf (1956): Zur Pressepolitik Bismarcks. Die Vorgeschichte des Pressedezernats im Auswärtigen Amt (1870). In: Publizistik. 1. Jg. (1956) Heft 3. S. 177-181.

Naujoks, Eberhard (1968): Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865-1871). Wiesbaden: F. Steiner.

Naujoks, Eberhard (1975): Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74). (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58). Düsseldorf: Droste.

Naujoks, Eberhard (1979): Ein Jahrzehnt Forschung über Bismarcks Pressepolitik. In: Francia. Forschungen zur Westeuropäischen Geschichte, Bd. 7. Hg. vom Deutschen Historischen Institut Paris. Zürich und München: Artemis. S. 508-526.

Naumann, Günter (2008): Deutsche Geschichte. Von 1806 bis heute. Wiesbaden: Marix Verlag.

Nöth-Greis, Gertrud (1997): Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.) (1997): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Köln.

o. V. (1980): Die deutsche Presse in der Periode von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 7) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Overesch, Manfred (1974): Presse zwischen Lenkung und Freiheit. Preußen und seine offiziöse Zeitung von der Revolution bis zur Reichsgründung (1848-1871/72). (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 19). Pullach (Isartal): Dokumentation.

Piereth, Wolfgang (1994): Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge aktiver staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800-1871). In: Daniel, Ute; Siemann, Wolfram (Hg.) (1994): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1788-1989). Frankfurt am Main: Fischer. S. 21-43.

Pohl, Heinz-Alfred (1984): Bismarcks „Einflussnahme“ auf die Staatsform in Frankreich 1871-1877. Zum Problem des Stellenwerts von Pressepolitik im Rahmen der auswärtigen Beziehungen. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 219). Frankfurt am Main: Lang.

Sänger, Gisela (1966): Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main; Berlin: Alfred Metzner.

Schulz, Winfried (2009): Public Relations / Öffentlichkeitsarbeit. In: Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.) (2009): Fischer-Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main: S. Fischer. S. 565-592.

Scriba, Arnulf (o. J.): Reaktionszeit und Nationalstaatsbildung. Im Internet unter: <http://www.dhm.de/lemoihtml/reaktion/index.html> (Abruf am 15.09.2013).

Seele, Sieglinde (2005): Lexikon der Bismarck-Denkmäler. Türme, Standbilder, Büsten, Gedenksteine und andere Ehrungen: eine Bestandsaufnahme in Wort und Bild. Petersberg: Imhof.

Sösemann, Bernd (1992): Publizistik in staatlicher Regie. Die Presse- und Informationspolitik der Bismarck-Ära. In: Kunisch, Johannes (Hg.) (1992): Bismarck und seine Zeit. (= Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, N.F., Beiheft 1). Berlin: Duncker & Humblot. S. 281-308.

Sösemann, Bernd (2003): Die Presse ist der „Dampfwagen der Gedanken“. Verleger und Journalisten im Wandel von Öffentlichkeit und Politik in der Ära Bismarck. In: Gall, Lothar (Hg.) (2003): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel. Paderborn: Schöningh. S. 43-89.

Stöber, Gunda (2000): Pressepolitik als Notwendigkeit: zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Stuttgart: Steiner.

Stöber, Rudolf (1996): Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882. In: Historische Zeitschrift 262 (2) S. 423-451.

Stöber, Rudolf (1997): Odysseus zwischen Skylla und Charybdis. Von der Pressepolitik über Propaganda zur politischen PR? In: *Szyszka, Peter* (Hg.) (1997): Auf der Suche nach Identität. PR-Geschichte als Theoriebaustein. Berlin: Vistas. S. 197-218.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15.05.1871. Im Internet unter: <http://lexetius.com/StGB/131> (Abruf am 11.09.2013).

Szyszka, Peter (Hrsg.) (1997): Auf der Suche nach Identität. PR-Geschichte als Theoriebaustein. Berlin: Vistas.

Vogler, Günter; Vetter, Klaus (1974): Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. 3. Auflage. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Wappler, Kurt (1935): Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen preußischen Pressestellen 1848-1862. Leipzig: Universitätsverl. von Robert Noske.

Wetzel, Hans-Wolfgang (1975): Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874-1890). Das Problem der Repression oppositioneller Zeitungen. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 57). Frankfurt am Main: Lang.

Wettstein, Oskar (1938): Regierungen und Presse im Wandel der Zeiten. In: Festgabe für Bundesrat Dr. h. c. Edmund Schultheiss zum 70. Geburtstage. Zürich: Polygrafischer Verlag.

Wilke, Jürgen (2000): Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Köln: Böhlau.

Wuttke, Heinrich (1866): Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Hamburg: Hoffmann und Campe.